(Vierter Expedition: Kommandanten-Straße 7. Jahrgang.)

Urwähler-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Preis pro Woche 1 Sgr. 3 Pf. Inserate pro Petitzeile 2 Sgr. Diejenigen geehrten Abonnenten hier, welche die Urwähler-Zeitung früh Morgens pünktlich zu erhalten wünschen, zahlen wöchentlich 3 Pf. Botenlohn. Außerhalb Preußens beliebe man sich an die zunächst belegenen Postämter im Inlande an die bekannten Spediteure der des Postdebits verlustigen Zeitungen zu wenden.

№ 12. Berlin, Donnerstag, den 15. Januar 1852.

Die parlamentarische Tagesordnung.

Ein deutscher Dichter hat behauptet: „Wer über gewisse Dinge den Verstand nicht verliert, hat keinen zu verlieren.“ — Wir behaupten dagegen: Wer in unsern Tagen über gewisse Dinge den Verstand verliert, der hat ebenfalls keinen zu verlieren.

Da verlieren die Konstitutionellen den Verstand darüber, daß die Kammern zwar Gesetze machen, aber nicht das Recht haben sollen, darüber ein Urtheil auszusprechen, ob die Behörden den Gesetzen gemäß handeln oder nicht. Hätten sie aber den rechten Verstand, sie würden schon zur Zeit, als sie sich dazu hergaben, Gesetze zu machen, haben einsehen müssen, wie es um sie steht. Verlieren sie jetzt den Verstand, so ist es nur ein Beweis, daß sie ihn schon verloren hatten, als sie unter falschen Voraussetzungen so bereitwillig zur Gesetzmacherei die Hand geboten hatten.

Es giebt nur Einen Weg zum Rechtsstaat zu gelangen und der ist, lieber **sich** aufzugeben als das **Recht** zu beugen. Wir Demokraten sind nicht stolz in unserer Niederlage. Wir haben unsere Personen Preis gegeben; aber um unser Recht nicht um einen Fingerbreit gefeilscht und der Erfolg wird sein, daß unser Recht siegen wird, selbst wenn unsere Personen darüber hinsterben. Die Konstitutionellen haben nicht also gethan. Sie haben von ihrem Rechte Stück um Stück nachgegeben, angeblich um sich und ihren Einfluß für bessere Tage zu retten. Aber sie wurden bitter enttäuscht, sie und ihr Einfluß sind ein Opfer der „starken Regierung“ geworden, die sie selber zu schaffen sich beeilt haben. Ihr Recht sinkt und die Männer müssen nachsinken. So ist es Naturgesetz!

Wir sagen dies nicht mit Triumph, nicht mit Frivolität! Wir empfinden tiefen Schmerz um der redlichen Persönlichkeiten willen, die sich jetzt über ihren Fall zergrämen; aber wir können bei keiner ihrer Niederlagen uns des Gefühls erwehren, daß ihrem Rechte sein Recht geschieht und wünschen nur, daß es zur ernsten Warnung dienen möge für Alle, die da wähnen, auf dem Saatfeld der Gewalts-Autorität Saaten der Gerechtigkeit einzuernten.

Wir können uns aber besonders dieses Ausspruchs nicht enthalten um zwei Kammerfraktionen willen, die heute ganz die Stellung zur Regierung inne haben, die bisher die Konstitutionellen eingenommen, wir meinen: die Fraktionen Bethmann-Hollweg und Geppert-Bodelschwingh. Es sind die Parteien der sogenannten Tagesordnung, über welche die nächste Epoche berufen ist, gleichfalls zur Tagesordnung überzugehen, wie jetzt über die Konstitutionellen.

Wir sind freilich weit entfernt davon, die beiden Parteien mit einander zu verwechseln. Die Partei Bethmann-Hollweg steht in unsern Augen um so viel höher als die Partei Geppert-Bodelschwingh, als bei uns der starke Konservative höher steht als der schwachsinnige Büreaukrat. Die Partei Bethmann-Hollweg hat den Muth einer Ansicht, die Partei Geppert-Bodelschwingh ist die Muthlosigkeit selber. — Die Partei Bethmann-Hollweg leidet freilich an dem Uebel, daß sie noch nicht steht, wohinaus sie getrieben wird, und täuscht sich daher noch mit vergeblichen Hoffnungen; aber sie nimmt in dem Terrain, das sie übersteht, eine achtenswerthe klare Stellung ein. Dahingegen ist die Partei Geppert-Bodelschwingh ordentlich scharfsichtig, um jede Spalte zwischen den Parteien zu entdecken, um sich und ihre Ansicht da hinein verkriechen zu können. — Wir sind daher weit davon entfernt, diese Parteien zu verwechseln; aber ihr Schicksal wird sie bei einander werfen und ihnen beiden das gleiche Geschick bereiten, das jetzt die kon-

stitutionelle Partei getroffen, das Geschick: in einem Zurückziehen von aller parlamentarischen Wirksamkeit, wenn auch nicht mehr den Ruf politischer Einsicht, so doch wenigstens die letzte Ehre der Person zu retten.

Man täusche sich nicht darüber, daß das Ministerium öfter in den Auswegen der Geppert=Bodelschwingh=Partei Zuflucht sucht und findet, und bilde sich nicht ein, daß diese Partei die bestimmende für die Zukunft wird sein können. Das Ministerium hat sich unzählige Male den Schwächen der konstitutionellen Auswege anvertraut, und auch diese Partei wurde dadurch in der Zuversicht bestärkt, daß die Regierung bald in ihr einen Halt suchen werde. Diese Zuversicht war es, die sie stets schwach und schwächer machte und sie heranreifen ließ zu jener unerträglichen Stellung, in welcher sie sich jetzt befindet. — Der Partei Geppert=Bodelschwingh wird es nicht besser ergehen. Sie siegt jetzt mit ihren Anträgen; aber es sind Scheinsiege, nicht durch ihr Prinzip, sondern durch die Gegner hervorgebracht; sollte es ihr Ernst werden um ihre Prinzipien, so wird sie der Tagesordnung anheim fallen wie die Konstitutionellen.

Zu all' diesen Aussprüchen führt uns die gestern von der Kammer angenommene Tagesordnung der Partei Geppert=Bodelschwingh, für welche auch die Minister im Verein mit der Rechten gestimmt haben.

Es handelte sich in der Kammer um die Frage, ob gesetzmäßig der Regierung das Recht zustehe, den Buchhändlern und Buchdruckern die Konzessionen zu entziehen; eine Frage, die zu beantworten jeder Privatmann das Recht hat, geschweige denn eine Kammer der Abgeordneten. Da stellte die Geppert=Bodelschwingh'sche Partei den Antrag, zur Tagesordnung überzugehen, und zwar aus folgenden Gründen: weil erstens „die zweite Kammer es zwar abgelehnt hat, bei Berathung des Gesetzes vom 12. Mai v. J. durch dasselbe der Regierung die Befugniß beizulegen, die Presse durch administrative Entziehung der Konzessionen oder des Postdebits zu beschränken, hieraus aber allein nicht gefolgert werden kann, daß dergleichen Maßregeln ungesetzlich seien; und zweitens der Kammer verfassungsmäßig das Recht nicht zustehe, diese oder andere rechtliche Kontroversen durch ihre einseitige Erklärung zu beseitigen, vielmehr erwartet werden darf, daß die Regierung Einleitungen treffen werde, die bestehenden Zweifel im verfassungsmäßigen Wege zur Erledigung zu bringen."

In diesen Gründen ist die ganze politische Misere der Tagesordnung ausgedrückt, denn es steht nicht weniger darin, als daß die Kammer selber daran zweifelt, ob nicht eine Befugniß der Regierung, die die Kammer im vorigen Jahre verneint hat, trotzdem gesetzlich gerechtfertigt sei? Ferner ist darin ausgedrückt, daß die Kammer, trotzdem sie schon im vorigen Jahre die Frage verneint hat, ihr heute nicht das Recht zusteht, diese Verneinung nochmals auszusprechen! Gewiß, das und sonderbare Zweifel und Inkompetenzen, und soweit hat die Rechte schon recht, wenn sie diesen Gründen beistimmt; aber es schließen diese Gründe mit einer Hoffnung, daß die Regierung „diese Zweifel" — die für die Regierung eben **keine** Zweifel sind, wie Thatsachen beweisen — auf verfassungsmäßigem Wege zur Erledigung bringen werde; nun denn, sehen wir, ob dies geschehen wird, trotzdem die Rechte und drei Minister in diesem Punkte die Tagesordnung der Geppert=Bodelschwingh=Partei angenommen haben. — —

Die Zeit wird es lehren!

Unserer Ueberzeugung nach reifen selbst diese sogenannten siegenden Kammer=Parteien ihrem Schicksal entgegen, und nicht nur die „parlamentarische Regierung", sondern auch die „parlamentarische Tagesordnung" wird zu den Dingen gehören, die man hinwirft, ein „verbrauchtes Spielzeug" für die ministerielle Tagespresse.

Berlin, den 14. Januar.

— Nach der Voss. Z. ist jetzt von einem Antrage auf die Ernennung eines römisch=katholischen Bischofes von Berlin die Rede; eine Ablehnung dieses Antrages ist, wie das Blatt hinzufügt, von der preußischen Regierung nicht zu besorgen.

† Die „Pr. Z." läßt sich aus Frankfurt schreiben, daß an eine Aenderung oder Aufhebung der Geschwornengerichte von Bundeswegen nicht zu denken sei. Es verhält sich hiermit wie mit der gestern mitgetheilten Nachricht, daß die deutsch=katholischen Gemeinden nicht von Bundeswegen aufgehoben werden sollen. Gegenwärtig übt der Bundesbeschluß vom 23. August noch seine Wirksamkeit (siehe Bremen); sollte derselbe aber nicht ausreichen, so dürfte manche deutsche Regierung gleich der östreichischen „Gesichtspunkte" finden, aus denen sie die Abschaffung der Schwurgerichte wie mancher anderen mißliebigen Institution für nöthig erachten könnte. — Nach demselben Blatte hätte der Bundestag eine Note in der Flüchtlingsfrage an das englische Ministerium gerichtet. Wir haben gestern unter Wien die Antwort des Nachfolgers Palmerstons an die östreich. Regierung mitgetheilt, nach welcher Lord Granville dem Fürsten Schwarzenberg willfahren wolle, insofern die Gesetze und die Sitten Englands es gestatten. Wir glauben, daß, um dem Bundestag oder Oestreich einen Gefallen zu erweisen, weder das englische Parlament die Gesetze, noch das englische Volk seine Sitten ändern werde.

— Der auch von uns mitgetheilten Korrespondenz der „Köln. Ztg." entgegen, bemerkt heute die „Pr. Z.", „daß Se. Majestät der König, eingezogenen Erkundigungen nach, seit etwa 6 Wochen kein Schreiben des Kaisers von Rußland erhalten habe, — daß ein solches Schreiben also auch zu Neujahr nicht in Potsdam eingetroffen ist, — und daß demnach auch kein Rath irgend einer Art in demselben enthalten gewesen sein kann."

— Eine der ersten Fragen, welche dem zu neuer Thätigkeit berufenen Staatsrath vorliegen wird, dürfte die Erwägung und Berathung derjenigen Punkte der Verfassung betreffen, welche nach den Ansichten der Regierung einer Revision resp. Abänderung zu unterziehen sind.

— Das Urtheil gegen Schlesinger ist freisprechend ausgefallen.

— Gestern wurden in den Komtoiren mehrerer Handlungshäuser durch zahlreiche Steuer= und Polizeibeamte Nachsuchungen gehalten, welche sich auf den Verdacht von bedeutenden Steuer=Defraudationen bezogen.

† In der morgen (Donnerstag) stattfindenden Wochensitzung, Krausenstr. 9, wird ein specieller Bericht über die Audienz der Gesellendeputation vor dem Ministerpräsidenten erstattet werden.

— ** Die gegenwärtig herrschende milde fast sommerliche Witterung bringt uns auch nach und nach die Boten des Sommers. Nachdem bereits ein schwarz=gelber Schmetterling eingetroffen, hat sich dieser Tage auf der Schönhauser=Allee ein Maikäfer und zwar einer mit einem rothen Schilde ein=

gefunden. Derselbe wurde von dort beschäftigten Chausseearbeitern an einem Steinhaufen gefunden, und befindet sich im Besitz des Steinpappfabrikanten Hrn. Dalm, wohnhaft Barnimsstr. 10.

— Bei der heute angefangenen Ziehung der 1sten Klasse 105ter Königlicher Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 5000 Rthlr. auf Nr. 31,626; 1 Gewinn von 1000 Rthlr. auf Nr. 77,853; 2 Gewinne zu 500 Rthlr. fielen auf Nr. 15,081 und 72,680, und 3 Gewinne zu 100 Rthlr. auf Nr. 27,256. 29,721 und 36,432.

— Aus dem Rechenschaftsbericht der vereinigten Kranken-, Invaliden-, Reise- und Sterbekasse der Buchdrucker Berlins für das Halbjahr vom 1. Juli bis Ende December 1851 entnehmen wir Folgendes. Die Einnahmen betrugen 1) Kassenbestand am 1. Juli 1851: 114 Thlr. 10 Sgr. 2) Beiträge der Prinzipale durch die Gehülfen- und Maschinensteuer 702 Thlr. 8 Sgr. 3) Von den Kassenmitgliedern durch die statutenmäßigen Beiträge 2331 Thlr. 20 Sgr. Zusammen 3148 Thlr. 8 Sgr. Ausgaben: 1) An Krankengeld empfingen 71 Kranke für 369 Wochen à 3 Thlr.: 1107 Thlr. 2) An Viatikum wurde an 210 Reisende gezahlt: 218 Thlr. 3) An Invalidengeld: 1294 Thlr. 10 Sgr. 4) An Sterbegeld: 180 Thlr. 5) Besoldung des Kassenboten, für Schreibmaterialien ꝛc. 41 Thlr. 25 Sgr. Zusammen 2841 Thlr. 5 Sgr. Es bleibt mithin ein Kassenbestand von 307 Thlrn. 3 Sgr. Zur Dekkung der Ausgaben haben in dem verflossenen Halbjahre sechs erhöhte Beiträge à $7\frac{1}{2}$ Sgr. eingefordert werden müssen.

— Was die deutsche **Auswanderung** im Allgemeinen betrifft, so ist dieselbe im vergangenen Jahre stärker, als in den Jahren 1848, 49 und 50 gewesen. Genau läßt sich die Zahl derselben zwar noch nicht angeben, wohl aber annähernd bestimmen. Ueber Bremen wanderten aus 37,493 Personen, über Hamburg im Ganzen etwa 22,706 Personen, nämlich 14,700 direkt nach transatlantischen Ländern u. etwa 8000 über Liverpool. (Die Kontrolle der Letztern ist erst seit Mitte 1851 möglich.) Die Auswanderung über Havre, Antwerpen, Rotterdam und andere fremde Häfen ist den Zahlen nach noch nicht bekannt, aber erfahrungsmäßig bisher stärker gewesen als über Bremen und Hamburg zusammengenommen. Rechnet man aber auch nur eine gleiche Zahl mit 60,199 Personen, so würde sich die Gesammt-Auswanderung aus Deutschland auf 120,398 Personen stellen. Man kann annehmen, daß die Person durchschnittlich 200 Thlr. an Geld und Geldeswerth mit sich führt (die amerikanischen Statistiker berechnen, daß die deutschen Auswanderer pro Kopf 200 Dollars mit nach Amerika bringen); dies ergiebt einen Abfluß von 24,079,600 Thlr. in **Einem Jahre**. — Die Agenten, welche sich in **Berlin** mit der Annahme von Auswanderern beschäftigen, haben sich fast alle unter die Kontrolle des Vereins für Centralisation deutscher Auswanderung gestellt und ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, jederzeit ihre Bücher und Papiere demselben vorzulegen. Um den vielfachen Betrügereien der Winkelagenten und Kommissionäre, denen die Auswanderer in Bremen und Hamburg, ähnlich wie in New-York, ausgesetzt sind, entgegenzutreten, hatte der Verein schon gleich nach seiner Gründung sich bemüht, in diesen beiden Städten Theilnahme für die Errichtung unparteiischer Nachweisungs-Büreaux zu erwecken. Der Gedanke hat endlich Anklang gefunden. In Bremen ist unter der Aufsicht des Senats ein solches Nachweisungs-Büreau eröffnet worden und in Hamburg hat der dortige Zweigverein des hiesigen Vereins (der Hamburger Verein zum Schutze der Auswanderer) ein solches Büreau eingerichtet. Endlich ist dem Verein auch die Genugthuung geworden, daß die meisten Eisenbahn-Verwaltungen denjenigen Personen, welche, ohne einen förmlichen Auswanderungspaß zu besitzen, sich auf dem Vereinsbüreau als Auswanderer ausweisen, auf Grund einer Legitimationskarte des Vereins, die den Auswanderern sonst gewährte Ermäßigung am Fahrpreise bewilligt wird.

— Wegen Verkaufs sächsischer Lotterie-Loose wurde hier kürzlich ein Kaufmann aus Sachsen verhaftet, jedoch gegen Kaution freigelassen. Aus den bei ihm gefundenen Papieren sollen sich auch diejenigen Personen ergeben haben, welche Loose entnommen; dieselben werden ebenfalls unter Anklage gestellt.

— Am 31. Januar findet zum Besten des Gustav-Adolf-Vereins ein Concert im Schauspielhause statt.

Elbing. Wie man vernimmt, hat ein Theil der Mitglieder der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde jetzt den Entschluß gefaßt, sich unter das sogenannte Religionspatent vom Jahre 1847 zu stellen und den Austritt aus ihren bisherigen Kirchen vor dem Richter zu erklären.

Bremen, 13. Januar. Gestern ist hier eine Mittheilung des Senats an die Bürgerschaft erschienen, welche unter Hinweisung auf den Bundesbeschluß vom 23. August v. J. 1) die Verlängerung des am 1. Januar d. J. abgelaufenen **Verbots politischer Vereine** bis auf Weiteres und zugleich das ausdrückliche Verbot politischer Versammlungen, 2) Einsetzung einer Deputation beantragt, um die durch den angezogenen Bundesbeschluß nothwendig gewordenen Maßregeln zur Unterdrückung und Bestrafung solcher Schriften zu berathen, welche atheistische, sozialistische oder auf den Umsturz der Monarchie gerichtete Zwecke verfolgen. — Die Generale Lamoriciere und Charras, so wie Herr Baze, angeblich Rentiers von Paris, sind, der „N. Br. Ztg." zufolge, gestern Abend hier angekommen. Bei seiner Durchreise durch Köln (am 11.) schrieb sich Lamoriciere in das Fremdenbuch als „Geächteter" ein.

Leipzig, 10. Januar. Der unlängst hier entsprungene Mai-Gefangene Schwedler soll bereits aus Belgien geschrieben haben, daß er wohlgeborgen sei und von dort nach England sich begeben werde.

Baiern. Wie hier zu Lande die Gewissensfreiheit gehandhabt wird, beweist die Thatsache, daß einem der angesehensten Bürger in Schweinfurt, Mitglied der aufgelösten freien Gemeinde, welcher seine Kinder nicht am Konfirmandenunterrichte des evangelischen Pfarrers theilnehmen lassen wollte, die **Verhaftung** angedroht wurde, wenn er sich länger weigerte.

Stuttgart. Mit Bewilligung des ständischen Ausschusses wurde ein Anlehen von 2 Millionen al pari abgeschlossen.

Luxemburg, 7. Januar. Die **Jesuiten** fassen hier immer mehr festen Fuß. Im Laufe des Sommers noch ließen sie angeblich für ihren Unterhalt **milde Gaben** sammeln, jetzt aber haben sie für 50,000 Fr. ein Grundstück erworben, um ein Kloster zu gründen.

Frankfurt. Diejenigen Bürger, welchen kürzlich durch die badische Behörde das Betreten des badischen Landes verboten wurde, riefen die Vermittelung des Senates; dieser hat es jedoch nicht der Mühe werth gehalten, sich für die Verbannten zu verwenden.

Wien, 12. Jan. Man spricht von der Bildung eines Polizeiministeriums. — Fürst Schwarzenberg hat den östreich. Gesandten die „Gesichtspunkte" mitgetheilt, aus welchen man die Aufhebung der Verfassung für nöthig erachtet hat.

Paris, 12. Januar. Die Tuilerien sind zur Hofburg gemacht, die Rollen der Hofschranzen sind vertheilt, aller Etiquettenkram und alle Zeremonien sind wieder hergestellt, und doch will das Hofleben nicht in Gang kommen und bleibt auf der niedrigen Stufe einer kleinlichen Parodie stehen. Die neue Sonne übt noch keine rechte Anziehungskraft, und wenn der Minister nicht treu ergebene Präfekten und gesinnungslose Maires voll dünkelhafter Aufgeblasenheit nach Paris beordert hätte, würde es leer in den Gemächern und Empfangssälen des neuen Herrschers aussehen. Viel lieber sähe man die ahnenreichen Großen der Vorstadt St. Germain zur Cour herbeieilen und alle die Notabilitäten, die das große Paris in sich birgt! Wie sie sich aber weigern, den Ehrentitel napoleonischer Senatoren anzunehmen und sich zu Puppen und Schleppträgern des neuen Diktators machen zu lassen, so ziehen sie sich auch kalt zurück

und spotten in der Einsamkeit ihrer Salons des waghalsigen Emporkömmlings und des fremden Abenteurers. — Der Eindruck der neuen Ukase ist noch nicht erloschen. Die Regierung selbst fühlt, welchen Schrei der Entrüstung die Verbannung der angesehensten Männer trotz der dumpfen und urtheilslosen Stimmung, in der die Masse hinlebt und Alles über sich ergehen läßt, hervorrufen muß, und die „Patrie" gesteht ein, daß der Präsident durch diese Verordnungen möglicher Weise seine Popularität auf's Spiel setze. Alle jene Gewaltmaßregeln, die Verbannung dieser früheren Volksvertreter, die Deportation von mehreren Tausenden nach Cayenne, das Verhängen des Belagerungszustandes über noch weitere Departements beweisen, wie unsicher sich der Auserwählte der Nation trotz seiner 7½ Millionen Stimmen fühlt. Natürlich weiß man aber am besten, wie jene Majorität erschlichen, erkauft, erpreßt ist und wie die gewährte Zustimmung der Nation auf nichts als Furcht und Heuchelei beruht.

Jeder Tag bringt neue Gewaltmaßregeln; ein zweiter Zug von **614** Personen, welche nach Cayenne deportirt werden sollen, ist gestern nach Brest abgegangen, es befinden sich darunter die angesehensten Personen. Das Dekret, welches die Nationalgarde in ganz Frankreich auflöst, ist dadurch begründet, daß letztere nicht eine Schutzwehr gegen die Regierungsgewalt, sondern gegen Unordnung und Aufruhr sein müsse. Hr. L. Napoleon hat sich bei Neuorganisation der Nationalgarden die Wahl der Offiziere vorbehalten; es heißt, die Güter der Orleans würden wieder unter Sequester gelegt. Der Minister des Innern soll verfügt haben, **L. Napoleons Marmorstatue in allen Mairien aufzustellen!!!!**

Brüssel, 12. Januar. Thiers ist gestern nach London abgegangen, Changarnier soll ihn bis Mecheln begleitet haben. Bedeau soll leidend in Mons sein.

Turin, 9. Januar. Depretis greift den östreichischen Handelstraktat auf das Heftigste an. Der Handelsminister vertheidigt ihn als den vortheilhaftesten aller bisherigen Handelstraktate. (Tel. Dep.)

Warschau. Die „väterliche" Polizei Rußlands strebt bekanntlich dahin, ihre Pflegebefohlenen vor der Ansteckung durch das Gift der Civilisation zu bewahren; Reisen in das Ausland werden daher so viel als möglich erschwert. Das beste Mittel hierzu ist natürlich eine Vertheuerung der Pässe: so muß eine Person für einen Paß in's Ausland, außer den hohen Stempelgebühren, für die ersten 6 Monate 50 Rubel, für je darauf folgende 6 Monate 250 Rubel zahlen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß bei diesen Maßregeln in Bezug auf Frankreich, wo gegenwärtig der Prinz-Präsident die Civilisation in russischer Manier einzurichten bestrebt ist, Erleichterungen in Kraft treten.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Holdheim, in Berlin.

Berlin, Verlag von Theodor Heymann.

Druck von W. Vormetter in Berlin, Kommandantenstr. 7.